

# Krafter Zeitung.

Nr. 51.

Montag, den 3. März

1862.

Die „Krafter Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis: für Krafter 4 fl. 20 Kr., mit Verfrachtung 5 fl. 25 Kr. — Die einzelne Nummer wird mit 9 Kr. berechnet. — Inserationsgebühren im Intelligenzblatt für den Raum einer viergespaltenen Zeile für 9 Mr. berechnet. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt die Administration der „Krafter Zeitung“ (Großer Ring Nr. 39). Zusendungen werden franco erbeten. Redaction: Nr. 423 an den Planten. Expedition: Großer Ring Nr. 41.

## Amtlicher Theil.

Nr. 1421.

Der Geistliche Stanislaus Slotwinski, Mitglied des Krafter Wohlthätigkeits-Vereins, hat den Betrag von 25 fl. österr. W. zu Gunsten des Vereinsfonds erlegt.

Diese milde Spende wird in Folge hohen Statthalter-Erlasses vom 16. Jänner d. J. 2502 mit dem Ausdruck der Anerkennung zur allgemeinen Kenntniß gebracht.

K. k. Kreisbedörde.

Krafter, den 27. Februar 1862.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 18. Februar d. J. dem Fabrics- und Buchdruckermeister in Prag, Andreas Haase, die Bewilligung allergründig zu ertheilen geruht, den ihm verliehenen ökonomischen Welschbüchsen-Orden zweiter Klasse anzunehmen und tragen zu dürfen.

Se. k. k. Apostolische Majestät haben mit der Allerhöchsten Entschliessung vom 26. Februar d. J. dem Corporal, Anton Bauer, des Militär-Hengsten-Depots für Siebenbürgen, in Anerkennung des von ihm betheiligten Muthes bei der Rettung eines Menschen vom Tode des Ertrinkens, das silberne Verdienstkreuz allergründig zu verleihen geruht.

## Veränderungen in der k. k. Armee.

Ernennungen:

Der Oberlieutenant-Auditor, Franz Sies, zum Obersten Auditor und Referenten beim Militär-Appellationsgerichte; der Major-Auditor, Wilhelm Schütz, zum Oberlieutenant-Auditor;

der Hauptmann-Garnisons-Auditor, Pantraz Ranzler, zum Major-Auditor, und  
der Hauptmann erster Klasse, Anton Kohl-Ebler v. Ghal-Lavár, Platzcommandant zu Großwardein, zum Major und Platzcommandanten zu Kaschau.

Verleihungen:

Den pensionirten Hauptleuten erster Klasse: Johann Roessgen und Michael Blafel, der Majors-Charakter ad honores.

Pensionirungen:

Der Oberlieutenant, Ludwig Möring, des Uhlans-Regiments Graf Civalart Nr. 1; dann  
der Major und Platzcommandant zu Kaschau Rajetan Verzevich de eadem in den wohlverdienten Ruhestand mit Oberlieutenants-Charakter ad honores.

Quittirungen:

Der Oberlieutenant vom Armeestande, Emerich Graf Sznaydov, bei gleichzeitiger Enthebung von der Stelle eines ersten Stallmeisters Sr. k. k. Apostolischen Majestät auf seine Bitte mit Beibehalt des Militär-Charakters.

Bei der am 1. März d. J. stattgehabten 352. und 353. Verlosung der älteren Staatsschuld sind die Serien Nr. 469 und 246 gezogen worden. Die Serie 469 enthält die böhmisch-sächsischen Aerial-Obligation Nr. 164.856 im ursprünglichen Zinsfuß von 4 pSt. mit einem Zweihundertsteigigen der Capitalabzehrung und nied. österr. sächsischen Aerial-Obligationen vom Zinsfuß ad. 30. April 1.67 im ursprünglichen Zinsfuß von 4 pSt. und zwar von Nr. 23.450 bis einschließlich Nr. 23.680 und von Nr. 23.689 bis einschließlich Nr. 25.09; mit dem ganzen Capitalabzehrung und Nr. 23.684 mit einem Fünftel der Capitalabzehrung im Gesamt-Capitalabzehrung von 1.247.647 fl. 20 Kr. 6 H.

Die Serie 246 enthält Hofcammer-Obligationen von verschiedenen Zinsfuß u. zw.: Nr. 80.220 mit einem Zehntel, Nr. 81.501 mit einem Achtel, Nr. 83.996 mit einem Sechstel und Nr. 83.638 bis einschließlich Nr. 83.994 mit dem Ganzen des Capitalabzehrung, ferner die Allerhöchsten Schuldverschreibungen Nr. 1 mit einem Fünftel und Nr. 2 und 3 mit dem Ganzen des Capitalabzehrung in der Gesamt-Capitalabzehrung von 1.131.459 fl. 44 Kr.

Von der k. k. Direction der Staatsschuld.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafter, 3. März.

Die Note des Grafen von Bernstorff vom 14. Februar wird, nach der „A. Z.“, von Oesterreich und den demselben beigetretenen Regierungen nicht in der Form idealischer Noten erfolgen. Jede Regierung wird eine besondere Rückantwort überreichen lassen. Diese Antworten sollen übrigens sämmtlich den — auch von dem Dresd. Journal bereits ausgedrückt — Wunsch enthalten: daß es gelingen möge, eine Basis aufzufinden, welche geeignet erscheinen könnte, unter Betheiligung aller Bundesregierungen zu einer gemeinsamen Reform der Bundesverfassung zu gelangen. Die Antwort der sächsischen Regierung soll bereits nach Berlin abgegangen sein. (Wie ein Telegramm aus Wien meldet, soll auch die Antwort des Grafen Rechberg auf die letzte preussische Note bereits abgegangen sein.) Ein officieller Correspondent des „H. Corr.“ analysirt die Hannoverische Antwort auf die letzte Depesche des Grafen Bernstorff. Es versteht sich, daß die

Antwort durchweg ablehnend ist. In Betreff des engeren „Bundesstaates“ wird behauptet, daß der „Bundesstaat“ der Note vom 20. Dezember durchaus kein solcher sei. Ein Verein von Staaten, in welchem einem der Einzelstaaten das Eigenthum oder die Ausübung der Bundesgewalt, einem theilnehmenden Staate die Souveränität über die anderen übertragen würde, zumal bei monarchischer Spitze verdiene schon die Bezeichnung „Reich“. Die Geschichte führe bisher kein Beispiel eines „derartigen Bundesstaates“ auf. In wirklichen Bundesstaaten habe die Bundesgewalt ihre Gewalt in der Souveränität der Nation und aus der Wahlaction dieser Basis gehe die Bundesregierung periodisch hervor, aber ohne das letztere dabei an irgend einem Theile des Bundesstaates theilhaft. Die vorgeschlagene Vereinigung erzeuge eine Souveränität für Preußen und ein Vasallenthum und untergeordnetes Verhältniß für die übrigen Staaten, welchen letzteren noch dazu der Schutz und die Garantie abgehen würde, die die alte Reichsverfassung den Ständen geboten, auch nicht die Theilnahme gewähren dürfte, welche die alten Stände am Reichsregimente gehabt. Eine solche Neuerung verletze die Bundesverträge, laufe den Bestimmungen des Pariser Friedens und des Wiener Congresses zuwider, welche Unabhängigkeit der Staaten und ein Bundesverhältniß neben einander haben wollten.

Bekanntlich sind jetzt kurz nach einander zwei gleichlautende Erklärungen, beziehentlich Auforderungen und Verwahrungen sehr kategorischen Inhalts in Kopenhagen abgegeben worden, worüber Oesterreich und Preußen der Bundesversammlung Bericht erstatten und die Genehmigung der gehaltenen Schritte bei derselben beantragen werden. Das „Dr. Journ.“ schreibt darüber: Eine auswärtige Einmischung in diese Angelegenheit ist bis jetzt nur von Seiten Schwedens versucht worden, welches die scandinavische Partei in Dänemark dadurch zu kräftigen und stärker an sich zu ziehen hofft. Schweden hat für den Fall einer Bundesexecution nicht allein mit Besetzung der Inseln gedroht, sondern auch die Einmischung der drei andern Großmächte zu provociren gesucht. Zwischen St. Petersburg und Stockholm bestehen aber nicht freundliche Beziehungen, und am wenigsten möchte Rußland schwedischen Plänen in die Hände arbeiten. Die Zurückweisung, die Schweden von dorthier erfahren, ist deshalb die nachdrücklichste gewesen, doch hat auch England zu einer ruhigen Haltung ermahnt und Frankreich eben so wenig eine Aufmunterung gegeben. Uebrigens haben diese drei Cabinette anerkannt, daß Dänemark in den Jahren 1851—52 Verbindlichkeiten in Betreff Schleswigs eingegangen sei, die nicht erfüllt worden sind. Aus diesen Äußerungen geht mindestens so viel hervor, daß Dänemark keiner Unterstützung gewiß ist, wenn es zur Erfüllung vertragmäßiger Pflichten gehalten werden müßte. Leider ist aber das Gegentheil eben so wenig gewiß. Uebrigens schreibt die „A. Z.“: Nach Mittheilungen, die uns von verschiedenen Seiten zugehen, bestätigt es sich vollkommen, daß die Vertreter von England, Frankreich und Rußland in Kopenhagen in Folge im Wesentlichen übereinstimmender Instructionen ihrer Regierungen zwar einzeln, aber, nachdem sie mit einander Rücksprache genommen und den Schritt gemeinschaftlich verabredet hatten, an den Minister Hall die Frage gerichtet haben, was Dänemark in Betreff der Verpflichtungen von 1851 und 1852, wie sie von den deutschen Mächten angenommen — nach einer anderen Version: behauptet — würden, zu thun gedente? Es folgt hieraus, daß das Dementi der Berliner Zeitung, wie gleich vermuthet wurde, sich auf die Form der Nachricht bezog.

Nach der „Independance“ hat Herr v. Thounenel auf die Reclamation des Fürsten Metternich gegen die Red: des Prinzen Napoleon geantwortet, indem er jede Verantwortlichkeit der Regierung ablehnte und versprach, die erste Gelegenheit zu benützen, um die vortrefflichen Beziehungen zwischen Oesterreich und Frankreich öffentlich zu constatiren.

Der Prinz Napoleon will seine Rede in einer Broschüre veröffentlichen.

Wie es heißt, soll auch zwischen den Hansestädten und Frankreich ein Handelsvertrag im Anschluß an den Vertrag zwischen Frankreich und dem Zollverein zu Stande kommen.

Die französische Regierung hat mittelst einer neuen Note dem Bundesrath beifügig Beilegung des Conflicts von Ville-la-Grand Theilung der Kosten in der Art vorgeschlagen, daß Frankreich ein Drittel und die Schweiz zwei Drittel derselben tragen soll. Der Bundesrath wollte bekanntlich Theilung zu gleichen Hälften. Dieses Markten fängt an widerlich zu werden.

Der französische Gesandte in Turin, schreibt

man der Fr. P. Z., hat Ricassoli wegen der Unversetzungen und Bewaffnung von Freischärlern, die überall ganz offen betrieben werden, interpellirt. Der letztere soll in Abrede gestellt haben, daß die Regierung irgend wie dabei theilhaftig sei, mit dem Versprechen Maßregeln dagegen ergreifen zu wollen. Diese werden aber wahrscheinlich der Art sein, daß dadurch die Actionspartei nicht im Geringsten gehindert ist, ihre Missionen fortzusetzen, gerade so wie es bei den antipapistischen Demonstrationen der Fall ist.

Zu dem seit einiger Zeit zwischen der Türkei und Preußen mit dem Zollverein verhandelnden Handelsvertrage fehlten die Zustimmung einiger Regierungen. Diese sind in den letzten Tagen in Berlin eingetroffen. Die Unterzeichnung des Vertrags wird in nicht ferner Zeit erwartet. Der Vertrag enthält ähnliche Bestimmungen wie der zwischen der Türkei und Frankreich, sowie auch England abgeschlossene. Die Ausfuhrabgabe namentlich wird danach von 12 pSt. auf 8 pSt. vermindert.

Die Nachricht über die bevorstehende Abreise des Herzogs von Brabant wird von officieller Seite bestätigt. Der Prinz geht jedoch nach Spanien. Er wird sich ohne seine Gemahlin am 4. März in Southampton einschiffen und am 8. in Gibraltar intressen, von wo aus er sich nach Sevilla begibt, um dort das Palais seines Onkels, des Herzogs von Montpensier, eine Zeit lang zu bewohnen.

Wie der Hamburger „B. H.“ aus Stockholm, 24. Februar, geschrieben wird, hat der König in einem zusammengetretenen (schwedisch-norwegischen) Staatsrath, unter Zustimmung sämmtlicher Staatsräthe, beschlossen, daß keine Revision des Unions-Vertrages für jetzt stattfinden solle, daß die Angelegenheiten, welche bisher eine ähnliche gemeinsame Berathung hervorgerufen haben, im zusammengetretenen Staatsrath vorgebracht werden sollen, und daß alle, die Behandlung der Revisionsfrage bis jetzt beleuchtenden Acten gedruckt und auf angemessene Weise vertheilt werden sollen.

Die Gothenburger Handelszeitung theilt mit, daß der Kaiser Napoleon eine Einladung zum Besuch des Uebungslagers angenommen hat, welches zum Sommer in der Nähe von Stockholm errichtet werden soll. Der König von Dänemark wird, nach demselben Blatt, ebenfalls dort eintreffen.

Nachrichten aus St. Louis zufolge ist der König von Cayor, der Bundesgenosse Frankreichs, durch eine Palast-Revolution aus seinem Staate vertrieben worden. Der französische Gouverneur ist mit drei Vols und einem Bataillon Senegal-Sirailleurs demselben zu Hülfe geeilt.

Nach der „Newport Tribune“ vom 10. Februar sind in Amerika abermals Briefe von Cobden, Bright, dem Herzoge von Argyll und anderen Mitgliedern der liberalen Partei Englands angekommen, mit der Mahnung, daß, wenn nicht bald etwas geschehe, um den Beweis zu liefern, daß der Norden die Kraft besitze, den Aufstand des Südens zu unterdrücken und ernstlich an Bekämpfung der Sklaverei denke, die Sympathie der englischen Liberalen sich verflüchtigen und die Anerkennung der Süds-Conföderation unausbleiblich werden würde.

Ueber die Verhandlungen zwischen Staat und Bank schreibt die „Wiener Zeitung“:

Bei den Verhandlungen zwischen der Staatsverwaltung und der Nationalbank waren mehrfach Aufgaben zu lösen, die berechtigt und dringend, aber divergirend und nicht leicht zu versöhnen gewesen sind; nämlich die Erfüllung der Verbindlichkeiten der Staatsverwaltung gegen die Bank und die aus der Lage der Staatsfinanzen entspringenden Erfordernisse; die Herstellung der Landeswährung mit Garantien gegen deren zukünftige Entwerthung und die Rücksichten auf die bestehenden Verkehrsverhältnisse der Monarchie. Es war unter den Umständen der Gegenwart in der That schwer, einer dieser Aufgaben gerecht zu werden, ohne die ihr gegenüberstehenden zu vernachlässigen. Um so glücklicher ist es, wenn das Resultat, zu welchem man gelangt ist, wesentlich in jeder Richtung in Aussicht stellt. Das Bankprivilegium soll nicht deswegen verlängert werden, weil der Staat darin auch ein Mittel findet, sein Schuldverhältniß gegen die Bank nach Convenienz zu regeln und zugleich denjenigen Theil seines diesjährigen Geldbedarf zu befriedigen, welcher durch die Steuerschuld nicht aufgebracht werden kann. Nimmt man aber an, daß der für eine weitere Reihe von Jahren gesicherte Fortbestand der Bank mit einem Statut, welches ihre volle Unabhängigkeit und verstärkte Gewähr für ihre Solvenz, den Interessen des gesammten Verkehrs aber von Seite der Bank

erweiterte Leistungen bietet, eine Bedingung der Consolidirung des öffentlichen Vertrauens in die Bank, wie der Wiederherstellung und Erhaltung der geschäftlichen einheitlichen Landeswährung ist, so darf man es glücklich nennen, daß beide Zwecke verbunden werden konnten.

Uebrigens eröffnet schon das Statut vom Jahre 1841 im letzten §. (60) der Bank die Aussicht auf eine weitere Verlängerung ihres Privilegiums, und der Umstand, daß sie durch die politischen Bedrangnisse des Staates im Jahre 1859 in ihre gegenwärtige Lage versetzt worden ist, konnte das Anrecht dieser Aussicht wohl nicht abschwächen. Nach ihrem Reglement war die Frage: ob deshalb bei der Staatsverwaltung das Ansuchen gestellt werden sollte, mit Ende des Jahres 1863 durch den Bankauschuß zu erledigen. Es findet also keine wesentliche Verdrängung statt, wenn die Verlängerung im Jahre 1862 bewilligt wird, und an die Möglichkeit, daß die Auflösung der Bank im Jahre 1863 hätte beschlossen werden können, denkt wohl Niemand ernstlich, welcher zu ermessen fähig ist, was die Liquidirung eines solchen Institutes bedeute und welchem die materiellen Interessen des Reiches am Herzen liegen. Statt die Bank zur Strafe dafür, daß sie im Jahre 1859 zu viel für den Staat geleistet hat, im Jahre 1863 in Liquidation zu erklären, ist es daher, so wie der Klugheit auch der Billigkeit gemäßer, daß ihr Privilegium im Jahre 1862 unter Bedingungen verlängert werde, welche eine Wiederholung übermäßiger Leistungen zu verhindern und vermehrte Vorsicht in der Bedeckung der Noten zu bewirken geeignet sind.

Ob der Entgelt, welchen die Bank dem Staate für diese Verlängerung leistet, sowohl in Ansehung der Verpflichtungen der Bank als ihrer Ertragnisse in Wahrheit und Ausmaß ein richtiger sei, kommt zunächst in Betracht.

Die Bank besitzt ein Actiencapital von 110 Millionen, überdies einen Reservefond, welcher auf ihren Büchern mit 10 Millionen beziffert ist, und wolle man nach den Abschreibungen der beiden letzten Jahre den gesammten Effectenbesitz der Bank zu dem heutigen Coursverthe annehmen, die sich gegen den verbrachten Werth ergebende Differenz aber am Reservefond abschreiben, so würde wohl noch immer ein mehr oder weniger beträchtlicher Theil dieses letzteren übrig, das Actiencapital aber jedenfalls intact bleiben. Wir glauben nun, daß, wenn die Bank dem Staate von diesen 110 Millionen fernerhin 80 Millionen beläßt, d. h.  $\frac{8}{10}$  ihres eigenen Capitals, über welches sie im normalen Zustande verfügen kann, ohne dafür eine einzige Note in Umlauf zu halten, oder daß, wie hier der Fall ist, wenn die Schuld des Staates bis auf 80 Millionen zurückgezahlt wird und nicht weiter, darin durchaus keine Gefährdung der Verpflichtungen der Bank in Betreff der Noten zu besorgen ist. Gebahrt die Bank so wie sie soll, so kann von sämmtlichen 110 Millionen und dem Reservefond nur so viel für die Notenbedeckung etwa erforderlich werden, als durch mögliche Verluste in dem statutenmäßigen Geschäft absorbirt werden könnte; die Erfahrung lehrt, daß dergleichen Verluste selten beträchtliche sind.

Was die Einwirkung auf die Bankertragnisse betrifft, so halten wir dafür, daß mit der Verzinsung zu 2 pSt. ein billiges Maß festgesetzt wurde; nimmt man den durchschnittlichen Banknotenumlauf zu 350 Millionen an, so wäre der durch die Schuld von 80 Millionen zu 2 pSt. dem Staate überlassene Vortheil gleich mit etwa 25 pSt. des reinen Nutzens, den die Bank aus der Notencirculation zieht.

Die Ueberlassung eines solchen Theiles des Gewinnes ohne Betheiligung an dem möglichen Verluste darf als ein beiden contrahirenden Parteien gerechtes Entgelt für die Uebertragung des Hoheitsrechtes zur Herausgabe convertibler Noten als Geld an die Bank während der Dauer ihres Privilegiums betrachtet werden.

Die Ueberlassung der zwei Dritttheile des Ertrages der 123 Millionen Obligationen des 1860er-A. lehens ist die Folge davon, daß die stehenden 80 Millionen eine eigene der Natur dieses Darlehens entsprechende Bedeckung erhalten, während die Bank alle ihre übrigen Bedeckungen bis zur Rückzahlung der Schuldtheile, für welche sie haften, unverändert behält. Die im Uebereinkommen sind es, welche die baldige festgesetzten Modalitäten der Landeswährung Besserung und allmähliche Herstellung der Landeswährung erzielen. Der Zeitraum, innerhalb welches sie zu erfolgen haben, war zwar mit Rücksicht auf die Lage der Staatsfinanzen zu bemessen, ist jedoch ein solcher, daß er in Berücksichtigung der gegenwärtigen



Verhältnisse des Geldverkehrs und des Umstandes, daß der Staat den Geldmarkt seinerseits in Anspruch nehmen muß, kaum im voraus wirksamer hätte bestimmt werden dürfen, ohne Erschütterungen herbeizuführen, welche stets und selbst auf dem Wege der Besserung möglichst zu vermeiden sind.

Dem Uebereinkommen zufolge hat die Bank den Erlös von 41 Millionen 1860er Obligationen zu erhalten. Man darf nach den heutigen Ausichten annehmen, daß ihr hierdurch die ersten Rückzahlungen zufließen werden, und zwar in Betracht der Absichten der Finanzverwaltung ratenweise mit einem von der Parität des Nennwerthes nicht entfernten Gesamtbetrage; wollte man jedoch nur den Cours von 90 zu Grunde legen, so wären es 36.9 Millionen, welche beiläufig in Jahresfrist der Bank aus den 1860er Obligationen in Noten zufließen können. Von der ältesten Schuld sind ihr nach den betreffenden Tilgungsnormen zurückzuzahlen:

in 1862 . . .	4 Millionen
" 1863 . . .	4.6 "
" 1864 . . .	4.7 "
" 1865 . . .	4.9 "
" 1866 . . .	5.2 "

23.4 Millionen.

Die Silberschuld von 20 Millionen hat die Staatsverwaltung binnen eines Zeitraumes, welcher, wenn das Uebereinkommen im nächsten Monat April die Allerhöchste Genehmigung erhält, im Februar 1864 zu Ende geht, zurückzuzahlen.

Abgesehen von den Rückzahlungen, welche der Bank in der Zwischenzeit aus den Erträgen und dem Erlös der Staatsgüter zufließen, und welche man für den Zeitraum, wo die Ergänzung der 10 Millionen jährlich laut §. 9 des Uebereinkommens zu beginnen haben wird, wenigstens auf 10 Millionen in Allem anschlagen darf, hat die Bank bis zum Februar 1867 weitere 30 Millionen, also zusammen 40 Millionen zu erhalten.

Nach diesen Prämissen werden zwischen heute, wo der Banknotenumlauf in runder Ziffer 460 Millionen beträgt, und Februar 1867 an die Bank durch Zahlungen des States in Noten zurückzulegen:

37 Millionen aus dem 1860er Anleihen
23 " älteste Schuld
40 " von den 108 Millionen

100 Millionen.

Ist die Bank bis dahin in die Lage gekommen, aus ihren eigenen Effecten einen Erlös von 50 bis 55 Millionen zu realisiren, so kann der Banknotenumlauf im Februar 1866 auf 305 bis 310 Millionen reducirt werden.

Gleichzeitig wird sich der Silbervorrath der Bank auf 100 + 28 + 20 = 148 Millionen erhöhen.

Hat man sich dieser Position genähert und sind die Zeitverhältnisse allbaldig solche, die es überhaupt erlauben, daß die Bank mit der Hinausgabe des Silbers beginne, denn wie immer der Stand der Bank beschaffen sei, nur unter günstigen Conjunctionen sollte die Umwälzung begnügen, so wird es keiner großen Anstrengungen mehr bedürfen, um der Bank auch etwas früher die vollständigsten Mittel dazu zu verschaffen.

Das Uebereinkommen setzt Verpflichtungen fest, welche für alle Fälle durch Vorbereitung der Silber-einlösung die allmähliche Herstellung des Banknotenwerthes erzielen, welche aber keineswegs eine beschleunigte Action ausschließen, wenn die Zeitverhältnisse sie erlauben und rechtfertigen werden.

### III Krakau, 3. März.

Vorgestern Vormittag 11 Uhr, als am Sterbetage Sr. Maj. Kaiser Franz I., wurde in der Kathedrale eine alljährlich ein feierliches Requiem abgehalten.

### Verhandlungen des Reichsrathes.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 28. Februar wurde das Gesetz zur Regelung und Besteuerung des Promessen-Geschäftes dem Finanzausschusse zur Begutachtung überwiesen, sodann über das Verbot der Uebersetzung einer richterlichen oder gesetzgebenden Gewalt an Polizei- und politische Behörden verhandelt. Der Gegenstand wurde noch einmal an den Ausschuss zurückgeleitet.

Ferner kam die Frage wegen der Freigebung der Advokatur zur Verhandlung. Die Debatte hierüber gestaltete sich ziemlich lebhaft. Als Berichterstatter des Ausschusses fungirte Prof. Herbst. Als Redner gegen den Ausschussantrag sprachen Dr. R. H. Fischer und der Abgeordnete Kaiserfeld. — für denselben Dr. Rechbauer, Dr. Giesra und Wieser.

Vizepräsident v. Hasner will ein Uebergangsstadium eingehalten wissen, obwohl der Advokat allerdings ein Gewerbsmann ist, das Princip der Gewerbefreiheit auch auf ihn Anwendung findet und das Monopol gegenwärtig die Winkelschreiberei fördert. Darum solle das Haus beschließen:

1. Die principielle Anerkennung der Freigebung der Advokatur;
  2. Zur Schonung der bestehenden Verhältnisse Bestimmung eines Termines, bis zu dessen Ablauf alljährlich die Zahl der Advocaten eine entsprechende Vermehrung erfahren soll.
  3. Zuweisung dieses Antrages an den Ausschuss, der über den Antrag Bericht berichtet. (Unterstützt.)
- (Schließlich wird der Ausschussantrag angenommen und die Freigebung der Advokatur beschlossen.)

### Oesterreichische Monarchie.

Wien, 2. März. Ein Ministerrath wurde am

Freitag im Beisein Sr. Majestät des Kaisers in der Hofburg abgehalten.

Mit a. h. Entschliessung vom 12. Febr. wurde, wie der „Wanderer“ meldet, dem kroatisch-slavonischen Landesfonde ein unverzinsliches Darlehen im Betrage von 10.000 fl. aus der Staatskassa gegen Rückzahlung in jährlichen Terminen zu dem Zwecke bewilligt, daß dieser Fond in die Lage gesetzt wird, den aus Mangel an Lebensmitteln in einigen Bezirken der Comitate Fiume, Ugram, Warasdin, Kreuz und Pozsega nothleidenden Einwohnern zu Hilfe zu kommen.

Ihre kaiserliche Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Sophie haben dem Krankenfonde für Studirende in Wien einen Beitrag von 100 fl. grädigst gespendet.

Ihre Majestät die Kaiserin haben dem Kloster der Benediktinerinnen zu Przemysl in Galizien eine Unterstutzung von 100 fl. allergnädigst bewilligt.

Aus Venedig, 25. Febr., meldet man der Pest. Ztg.: Gestern Abends wurden abends die Salons des Statthalters Ritter v. Troggenburg zu einem Ballfeste eröffnet. Ihre kais. Hoh. die Herren Erzherzoge Albrecht und Joseph, die Frau Erzherzogin Hildegard, der Herzog und die Herzogin von Modena, der Graf und Gräfin von Chambord und Prinz Alexander von Hessen beehrten dieses Fest, welches das prächtigste des diesjährigen Venediger Faschings war, mit ihrer Gegenwart. Der Ball dauerte bis früh 6 Uhr. — Von der am 16. v. M. hier kundgemachten behördlichen Bewilligung zu Maskeraden wurde bis heute noch kein Gebrauch gemacht, was auch einestheils dem seit acht Tagen andauernden Regen zuzuschreiben ist. Ihre kais. Hoh. die Prinzen Ludwig und Leopold von Bayern sind heute von hier abgereist. Dieselben kehren über Verona und Tirol nach München zurück. — Die Ankunft Sr. Majestät des Kaisers dürfte sich abermals um mehrere Tage verzögern.

Wir theilen nachträglich die Ansprache mit, welche der Staatsminister bei der Entgegennahme der Adresse des Gemeinderathes an die betreffende Deputation hielt: „Durch meine Geburt und meine bisherige Stellung Wien angehörig, fühle ich mich immer besonders bewegt, wenn meinem Wirken von Seite meiner Mitbürger eine anerkennende Würdigung zu Theil wird. Es geschah dies vor einem Jahre, wo mir von der hiesigen Kommune das Ehrenbürgerrecht verliehen wurde; es geschah sodann durch die Worte des Betreuens, welche ich aus dem bereiten Munde Ihres verehrten Herrn Bürgermeisters vernommen habe. Die Aufgabe, die mir zu Theil geworden, ist unermesslich; sie kann durch die Kräfte eines Mannes nicht gelöst werden, und nur das Vertrauen meiner Mitbürger kann mir Muth verleihen, die schwere Last, die auf meinen Schultern ruht, zu tragen. Um so mehr fühle ich mich gestärkt, wenn mir durch die Vertreter einer so hochwichtigen Korporation, wie die Gemeinde meiner Vaterstadt, das Vertrauen ausgedrückt wird. Empfangen Sie meinen innigsten und aufrichtigsten Dank dafür. Ich erlaube Sie, denselben auch der Bevölkerung Wiens bekanntzugeben.“

Auch die Stadt Teschen hat Sr. Excellenz den Herrn Minister von Schmerling zu ihrem Ehrenbürger ernannt. Eine Deputation, bestehend aus dem Bürgermeister von Teschen, dem Abgeordneten Demel, den Herren Gymnasial-Director Gabriel, Buchhändler Prochaska und Herrn Kaufmann Ziffer, ist hier eingetroffen und hat gestern Sr. Excellenz dem Herrn Staatsminister das Ehrenbürgerdiplom für die genannte Stadt überreicht.

Im Laufe des Monats März wird in der deutschen Ritterordenskirche der Ritterschlag an zwei neu eintretende Ritter unter den üblichen Ceremonien theilt werden.

Ueber das Befinden Sr. Excellenz des Herrn Oberstkämmerers Grafen Lancorowski liegt heute das nachfolgende Bulletin vor: „Se. Excellenz brachte den gestrigen Tag sehr ruhig zu und konnte wieder etwas Nahrung zu sich nehmen. Die Nacht schlief Se. Excellenz ruhig.“

Das Befinden des Hrn. Baron v. Sedlitz hat sich auch heute nicht gebessert.

Wie aus Triest, 28. Febr., gemeldet wird, haben der Herzog von Coburg samt Gemalin sich am 28. v. M. auf dem Lloyd-Dampfer „Erzherzogin Charlotte“ nach Alexandrien eingeschifft.

### Deutschland.

Die Bundestagsitzung vom 27. Febr. war von ganz kurzer Dauer. Der Gesandte des Großherzogthums Hessen war für Kurhessen, der von Nassau für Mecklenburg substituirte. Die Verhandlungen waren ganz interesselos. Nach Entgegennahme von Eisenbahnnachweisen, Standeisen, Privateingaben etc. erfolgte von Seiten des Präsidiums die Anzeige, daß der österreichische Major von Beck als der Protokollführer der Militär-Commission aus- und der österreichische Hauptmann Gilt an dessen Stelle trete. Der übrige Theil der Sitzung wurde durch Militär-Vorträge ausgefüllt.

Aus Berlin, 28. Februar, wird tel. gemeldet: Die ministerielle „Allg. Preuß. Ztg.“ bestätigt die gestern von dem Regierungs-Commissar über die deutsche Frage abgegebenen Erklärungen, welche das ministerielle Blatt als eine Folge der Fusion der verschiedenen Anträge bezeichnet. Die Commission zur Berathung der deutschen Anträge hat sich heute über den zu stellenden Antrag geeinigt; die Begründung und die Resolution selbst ist gefaßt. — Der Antrag des Abgeordneten von Carlowitz wegen Anerkennung Italiens ist von der Commission einstimmig angenommen worden. Der Regierungs-Commissar erklärte, er könne sich darüber nicht äußern, da die Frage eine noch schwebende sei. Die Berathungen über den Gesetzentwurf, betreffend die Oesterreichskammer, sind beendet. — Die Commission des Abgeordnetenhauses hat das Gesetz wegen Aufhebung der gutherrlichen Polizei mit 11 gegen 5 Stimmen angenommen.

Es ist in Anregung gebracht worden, möglichst noch vor dem Ablauf der Zollvereinverträge eine Industrie-Ausstellung der Zollvereinsstaaten in Berlin zu veranstalten, um so einen klaren Ueberblick des Standes der Zollvereinsländischen Industrie zu gewinnen. Wie die „B. B. Ztg.“ hört, ist die preussische Regierung sehr bereit, auf diese Idee einzugehen und wird wahrscheinlich schon in nächster Zeit hierüber mit den übrigen Zollvereinsregierungen in Vernehmen treten, um über Ausführung und Feststellung des Zeitpunktes, namentlich ob die Ausstellung im Jahre 1863 oder 1864 stattfinden soll, genauere Festsetzungen zu treffen.

Die Petitions-Commission des preussischen Abgeordnetenhauses diskutirte in den letzten Tagen eine Petition der halle'schen Bürger, welche verlangt, daß das Abgeordnetenhaus für die Wiederherstellung der anhalt-desau'schen Verfassung eintrete, wie es das zu Gunsten Kurhessens gethan. Die Rechtsfrage und Lage ist in Anhalt-Desau ganz dieselbe, wie in Kurhessen. Nun erklärte der Commissar des Grafen Bernstorff der Petitions-Commission, daß die Staatsregierung keine Veranlassung habe, sich über die Rechtsgiltigkeit der in Anhalt bestehenden Verfassung auszusprechen, weil dies eine rein innere Angelegenheit eines unabhängigen deutschen Staates sei. Die Commission faßte den Beschluß, die Regierung aufzufordern, für die Wiederherstellung der anhaltischen Verfassung vom 29. October 1848 und alsbaldige Berufung einer Volksvertretung auf Grund des Wahlgesetzes vom 24. Februar 1849 einzutreten.

Nach der „Pos. Ztg.“ hat der Oberpräsident von Bonin dem Erzbischof von Przyluski wegen seines in Betreff der Wahlen zum Abgeordnetenhaus erteilten Hirtenbriefes erste Vorstellungen gemacht und ihm speciell die Punkte nachgewiesen, in denen er seine geistlichen Befugnisse überschritten und das politische Gebiet betreten habe. Namentlich soll der Passus, in welchem der Erzbischof darauf hinweist, daß die polnische Nation sich von jeher in entscheidenden Augenblicken um den Stuhl des heiligen Adalbert (des Erzbischofs von Gnesen) geschart habe, und dadurch nicht zu deutlich zu verstehen giebt, daß er wohl Lust hätte, die politische Rolle des früheren Primas von Polen zu spielen, eine erste Zurückweisung erfahren haben.

In Posen kam dieser Tage wieder ein Proceß gegen den Redacteur des „Tygodnik Katolicki“, Pfarer Prusnowski, zur Verhandlung und das Appellationsgericht fügte noch einen Monat Gefängnis zu den zwei Monaten die er eben abbißt. Sein Erscheinen am Landtage in Berlin ist dadurch für lange Zeit verhindert. Auch über die Directionsmitglieder der Posener Landwirtschafts-Gesellschaft ist das Urtheil wegen Mißbrauch ihrer Stellung zu politischen Zwecken gefällt und zwar zu einer Geldstrafe von fünf Thalern für jeden Einzelnen.

### Frankreich.

Paris, 27. Februar. Die heute durch den „Moniteur“ angezeigte Suspension Renan's von seinem vor wenigen Tagen erst betretenen Lehrstuhl im Collège de France (er hatte nur eine Vorlesung gehalten) ist hier allgemein aufgefalle, selbst denjenigen, welche von seiner Ernennung überrascht gewesen waren. Man mußte, ehe man ihn ernannte, wissen, daß er die Gottheit Christi nie vertheidigt hatte. Man hätte sich also jedenfalls entweder die Ernennung oder die Absetzung ersparen und eine unnütze Aufregung sowohl unter den Gegnern, wie unter den Anhängern dieses Gelehrten vermeiden können. Man sucht natürlich nach weiteren Motiven für diesen Act der Inconsequenz, da man im Interesse der „starken“ Regierung selbst nicht annehmen will, daß sie ihre Acte lediglich von den Launen des Tages abhängig mache. Bald heißt es, man wolle der clericalen Partei für die Absetzung Caprads Satisfaktion bieten, bald, man werde die Demokraten für diese Renan zu Theil gewordene Behandlung durch eine neue Gewaltmaßregel gegen die Jesuiten und die Dominicaner entschädigen. Jedenfalls hat die Regierung durch dieses alternirende Ausschlagen rechts und links sich auf beiden Seiten Feinde, aber keine Freunde gemacht. — Die Vorlesung Renan's, die ihm die Suspension seiner Vorlesungen zugezogen hat, ist bereits in Paris bei Michel Levy (Rue Vivienne 2) zu 1 Fr. unter dem Titel: „Ueber den Antheil der jüdischen Völker an der Geschichte der Civilisation“, mit einem Vorworte erschienen.

In der Sitzung des französischen Senats vom 26. Febr. sprachen, wie die „Independance“ berichtet, die Herren Beaumont und Delisle über die neuen, von Herrn Fould in Aussicht gestellten Steuerauslagen und gegen mehrere derselben; sie fragten, ob es nicht möglich sei, von denselben abzukommen und das Gleichgewicht im Bunde durch Erparungen herzustellen. Hr. Magne negirte diese Möglichkeit, gab aber dem Senate die Versicherung, daß die Steuern nur zeitweilig aufgelegt werden sollen.

In der Senatsitzung vom 26. Febr. constatirten ferner der General Damas und Michel Chevalier die kritische Lage Algeriens. Der General verhehlte es kaum, daß die Franzosen in Algerien noch keinen festen Fuß gefaßt haben; denn die mohamedanische Bevölkerung von 2.500.000 Männern stellt 300.000 Fußsoldaten und 80.000 Reiter. Michel Chevalier hält Algerien im Falle eines Krieges mit England für verloren; denn auf einem Grundeigenthum von 40 Millionen Hektaren, dem Fünftel der Größe Frankreichs, haben sich erst 200.000 Europäer. Damas und Michel Chevalier sehen das Emporkommen der Colonie in der Ableitung des Auswandererstromes von Nordamerika nach Algerien, und zu diesem Behufe sollen den Cinn andern in Betreff des Bodenerwerbes, des Bürgerrechts, der politischen und persönlichen Freiheit und Sicherheit ähnliche Bedingungen wie in den Vereinigten Staaten bewilligt werden. Ohne Capitalien wird aus Algerien Nichts und ohne Einwanderer keine Capitalien.

Die „Opinion nationale“ hat diesen Abend wegen der Angriffe auf den Senat in ihrem gestrigen Bulletin eine amtliche Verwarnung erhalten. Sie sagte u. A.: Der Ausdruck der reactionären Leidenschaften, von welchen die Majorität des Senats befeet oder vielmehr verblendet ist, hat im Auslande, wie in Paris und ganz Frankreich einen übeln Eindruck gemacht. Dann citirte sie die Urtheile der „Morning-Post“ und der „Independance belge“. In ersterer ist gesagt, man könne unmöglich mit Achtung und Ehrerbietung vom Senate reden, wenn man die letzten Sitzungsberichte lese und die legitimistischen Senatoren werden in derselben der Festigkeit und Unwissenheit beschuldigt. Am empfindlichsten hat wohl in den Tuilerien die Vergleichung der von Herrn v. Segur und Carondelet verfochtenen Ideen mit den in den spanischen Cortes herrschenden Anschauungen verkehrt, wo man den Bürger Matamoros wegen protestantischer Propaganda zu Zwangsarbeit verurtheilt habe.

Bezeichnend für den Character, wie für die Geistesstimmung des Prinzen Napoleon am Samstag ist übrigens, daß er, ins Palais Royal zurückgekehrt, seinen Streuten eine Schilderung des Vorgefallenen machen, u. A. äußerte: Und als ich die Worte: „Nieder mit den Priestern!“ (also mit den „Priestern“, wie er selbst jetzt zugefugt und nach dem Texte des Thiers kaum zu bezweifeln ist) ausgesprochen hatte, da brach der Sturm los und ich sah, eine Legion von Mumiern sich vor meinen Augen erheben.“ (Je vis se dresser devant mes yeux une légion de momies.)

Der Cassationshof hat das Cassationsgesuch des Mörders Dumollard verworfen.

### Spanien.

Aus Madrid, vom 26. Febr., wird telegraphirt: „Es ist ungerüthet, daß Salaverria die Anerkennung der englischen Schuldsscheine vorschlagen will. In der gestrigen Sitzung des Congresses sprach Salamanca für die spanisch-französische Bahn durch die Alibudes; zu einem Beschlusse kam das Haus jedoch noch nicht.“

### Großbritannien.

In der Oberhausitzung vom 28. Febr. sagte Earl Russell: Die Regierung sei vom französischen Botschafter und den anderen Vertretern der Seemächte gefragt worden, welche Haltung England in der Frage wegen der amerikanischen Südhäfen beobachten werde. Er habe sie in Beantwortung dessen auf seine Depesche an Lyons verwiesen. Seward habe Lyons benachrichtigt, daß die Steinversenkung in den Häfen nicht fortgesetzt werden dürfe. Earl Russell sagt, er habe eine Mittheilung über eine neapolitanische Proclamation erhalten. Dieselbe sei ohne Ermächtigung der Regierung verlaublich worden, welche den Befehl gab, sie zurückzuziehen und zu unterdrücken. Riccardi habe constatirt, daß es nothwendig sei, strenge Maßregeln gegen das Brigantenwesen in mehreren Districten zu ergreifen; nichtsdestoweniger seien Befehle gegeben, dieselben mit Humanität auszuführen.

Die Ausstellungs-Commission in London veröffentlichte eine lange Liste von Regeln bezüglich des Besuches des Gebäudes von jetzt bis zu dessen Eröffnung und der Waarenzufuhr in dasselbe. Folgendes sind die allgemein interessanteren: Es wird Niemand weiter zugelassen, er müste denn eine besondere Erlaubnis dazu haben. Diese wird Ausstellern erteilt, doch müssen sich auswärtige deshalb an die betreffende Commission ihres Landes wenden, und gilt dieselbe nicht für den ganzen Umfang des Gebäudes, sondern nur für die bestimmte Abtheilung des jeweiligen Ausstellers. Dergleichen Eintrittskarten gelten bloß für denjenigen, auf dessen Namen sie ausgestellt sind, und sind als verwerflich zu betrachten, wenn sie einem anderen geborgt werden sollten, oder wenn deren rechtmäßiger Besitzer in einem andern Theil des Gebäudes als dem auf der bezeichneten angetroffen wird. Trinkgelder jeder Art sind verpönt. Die Aufnahme der Ausstellungsgegenstände steht unter Oberaufsicht der Zollbeamten. Jedes Paket soll mit dem Namen des Landes und der Abtheilung, denen es angehört, besser auch mit dem Namen des betreffenden Einsenders bezeichnet sein. Verpackungen müssen aus dem Gebäude auf Kosten der Aussteller entfernt werden. Den Termin dafür bestimmen die Einzel-Commissionen. Wird der Termin nicht eingehalten, so steht es der Commission frei, die Verpackungen zum Besten des Ausstellungsfonds zu verkaufen. Zündhölzchen dürfen nicht ins Gebäude mitgenommen werden. Rauchen ist verboten.

Ein amtlicher Ausweis ist erschienen über die im Jahre 1860 auf der Kriegsflootte mit der Peitsche bestraften Vergehen. Ein ähnlicher Ausweis wurde unlängst über die Peitsche in der Armee veröffentlicht. Die Flotte scheint die neunhundertjährige Kasse noch weniger als die Landmacht entbehren zu können, emancipirt sich aber doch allmählich von ihrer Herrschaft. Die Gesamtzahl der gepeitschten Matrosen war im Jahre 1860 nur 764 (aus einer Masse von 55.370 Mann), dafür kommt auf diese kleine Schaar die anständige Summe von 26.201 Hieben. Das Maximum der verhängten „Kagen-Rüffe“ die auf einmal fielen, war 50, das Minimum 6.

### Italien.

Die Senatsrede des Prinzen Napoleon ist in Turin mit Jubel aufgenommen worden, namentlich die Darstellung der Zwecke des Kaiserreichs, die nach der Anschauung des Prinzen ihren Höhepunkt in der Zerreißung der Verträge von 1815 erreichen soll.

Der piemontesische Kriegsminister hat das Diocesans-Seminar in Pavia zur Einquartierung von Soldaten in Anspruch nehmen lassen. Die Schulen mußten deshalb geschlossen, die Alumnus entlassen werden. Selbst ein Turiner Corr. der Verf. spricht sich über diese Maßregel sehr mißbilligend aus.

Es unterliegt keinem Zweifel, schreibt man der „Allgem. Ztg.“ aus Mailand, Garibaldi will sich im B. ischyl üben. Seine Mami, Briefe an Jedermann zu richten, ist wirklich außerordentlich. Tagtäglich



barstellen sollten; die Befahrung der ganzen Strecke von tem gegenwärtigen Endpunkte der Bahn von Skurnian bis Prag in dem Monate Juli mit Sicherheit erwartet werden kann.

— Der gesetzgebende Körper der Donaufürstenthümer hat in einem vor Kurzem gefassten Beschlusse die Ausfuhrzölle von Landrobruten vorläufig auf drei Monate aufgehoben.

**Breslau, 27. Februar.** Die heutigen Presse sind (für einen preussischen Beschel d. i. über 14 Garnez in Pr. Silber

	besser	mittler.	schlecht.
Weißer Weizen . . . . .	85	83	76
Gelber „ . . . . .	85	83	76
Roggen . . . . .	59	61	55
Gerste . . . . .	39	40	34
Hafer . . . . .	26	28	22
Erbsen . . . . .	56	60	45
Rüben (für 150 Pfd. brutto) . . . . .	222	208	180
Sommerraps . . . . .	182	172	152

Preis des Kleinsamens (für ein Zöugelmess) = 89% Wien.	
1 Pfd. in Dr. Thalern = 1.57 1/2	fr. öst. B. außer Vato:
Weißer Kleinsamen: Rother Kleinsamen:	
bester . . . . 20 — 21 1/4	bester . . . . 13 — 13 1/2
guter . . . . 18 — 19 —	guter . . . . 12 — 12 1/2
mittlerer . . 14 — 16 1/2	mittlerer . . . 9% — 10 1/2
schlechterer . 10 — 13 —	schlechterer . . 7 1/2 — 8 1/2
Paris, 28. Februar. Schlusscourse: 3perc. Rente 70.70.	
4 1/2perc. Rente 99.60. Staatsbahn 503. — Credit Mob.	
750. — Lombarden 591.	

Hamburg, 28. Febr. Gr. Act. 75. — Aut. Ant. 66  $\frac{3}{4}$ .  
— Wien 104.75. Fest. beschränkt.  
London, 28. Febr. Consols 93  $\frac{3}{8}$ . — Wien 14. — Lomb.  
Disc. 1  $\frac{1}{4}$ .  
Berlin, 1. März. Freiw. Anl. 101  $\frac{3}{8}$ . — Spec. Met. 51  $\frac{3}{4}$ .

— 1854er Lofe 66 $\frac{1}{2}$ . — Nat. Anl. 61. — Staatsb. 133 $\frac{1}{2}$ .  
 — Cred. Act. 73. — Cred. Lofe fehlt. — Wien 72 $\frac{1}{2}$ .  
**Frankfurt, 1. März.** Spec. Met. 49 $\frac{1}{2}$ . — 4 $\frac{1}{2}$  perc. fehlt. —  
 Wien 85 $\frac{1}{2}$ . — Banfact. 702. — 1854er Lofe 63 $\frac{1}{2}$ . — Na-  
 anl. 59 $\frac{1}{2}$ . — Staatsb. 235. — Cred. Act. 169. — 186<sup>ter</sup>  
 Lofe 66 $\frac{1}{2}$ .  
**Paris, 1. März.** Die Spec. Rente eröffnete 70.25, war  
 bei Abgang dieser Depesche (1 Uhr 30 Min.) 69.00 notirt. Hal-  
 tung sehr matt. Liquidation der Rente belebt. Die Course der  
 übrigen Papiere ohne Bewegung (calme).  
 Schlusscourse: Spec. Rente 69.55. — 4 $\frac{1}{2}$  perc. 99. —  
 Staatsb. 500. — Credit-Mob. 745. — Lomb. 540. — Con-  
 sols mit 93 $\frac{1}{2}$  gemeldet. Liquidationseours 69.26. Haltung sehr  
 matt. Bewegung.  
**Krakau, 28. Februar.** Auf dem heutigen Markte fließen

die Durchmittspreise folgendermaßen: Ein Dogen Wechsel  
6.12 — Korn 3.65 — Gerste 3. — — Hafer 1.62% — Futterm  
— — Erbsen 1.75 — Ein Zentner Heu 1. — — Stro  
— .75 fl. öherr. Währ.  
**Krafsauer Cours am 1. März.** Silber-Rubelagio  
p. 113 verlangt, fl. p. 111 agt. — Poln. Banknoten für 100 p.  
öherr. Währung fl. poln. 349 verlangt, 343 bezahlt. — Preuss.  
Courant für 150 fl. öherr. Währ. Taler 73% verlangt 72%  
bezahlt. — Neues Silber für 100 fl. öherr. Währung fl. 126 ver-  
langt, 135 bez. — Russische Imperials fl. 11.28 verl., 11.14  
bezahlt. — Rapoteendors fl. 11.05 verlangt, 10.92 bezahlt.  
— Vollwichtige holländische Dufaten fl. 6.45 verl., 6.37 bezahlt.  
— Vollwichtige öherr. Rand-Dufaten fl. 6.53 verl., 6.45 bezahlt.  
— Poln. Pfandbriefe nebst l. Coup. fl. p. 101% verl., 101 bez.  
— Galiz. Pfandbriefe nebst lauf. Coupons in öherr. Währung,  
fl. 81% verl., 80% bez. — Galizische Pfandbriefe nebst lau-  
fenden Coupons in Conv.-Münze fl. 85% verl., 84% bezahlt.  
— Grundrentenfuss u. Poldgationen in österreichischer Währung  
fl. 71% verlangt, 70% bezahlt. — National-Anleihe von dem  
Jahre 1851 fl. öherr. Währung 83 verl., 82 bezahlt. — Aktien  
der Carl-Ludwigsbahn, ohne Coupons und mit der Einzahlung  
90% d. öherr. Währ. 198 verl., 196 bez.

Veracruz, 28. Februar. Vitramon ist verhaftet und in Veracruz angekommen. Die Commissäre der Allirten sind von Mexico zurückgekommen. Suarez hat dieselben mit großer Auszeichnung empfangen und verspricht als Bedingung für die Unterhandlungen zu ertheilen, daß die Streitkräfte der Allirten sich wieder einschiffen und nur eine Wache von 2000 Mann zurücklassen. Er gab zu, daß die Regierung ihre Verbindlichkeiten gegen die Fremden nicht erfüllt habe und ist bereit, weitere Garantien zu geben. Der Bevollmächtigte des Präsidenten Suarez ist mit den Commissären zurückgekehrt. Man glaubt, daß weitere Conferenzen folgen werden. Es hat kein Gefecht stattgefunden. Die Streitkräfte treffen Vorbereitungen nach dem Innern des Landes zu marschiren, wenn die Forderungen verworfen werden.

— Das k. k. Finanzministerium hat bei der k. k. Reichs-  
den Transport mittelst Eisenbahn über das durch die Pollen-  
von Sch. is Kraus begränzte ausländt. d. Gebiet seit 7. Ma-  
856 bewilligte Strecken-Zugs-Verfahren auch auf Transport-  
auf den gewöhnlichen Fahrstraßen ausgedehnt werde.  
— Die Herrn Joseph Pacher, k. k. penz. Hauptmann und  
D. M. Sild, Handelemann und, k. griechischer Konsul de  
Stadt Zengg, sind in Wien eingetroffen, um die Konzeßio-  
zum Bau einer Eisenbahn von Karstbat über Munjana, Plo-  
oder über Kraeno oder St. Jakob nach Zengg nachzusuchen.  
— Der Fortschritt des Baues der böhmischen Westbahn  
hat bisher ein so befriedigendes Resultat geliefert, daß wenn die  
Witterungsverhältnisse im diesjährigen Baujahre sich günsti-

Die Festung Nauplia hat zwei Forts, Tschakra welches die Stadt und den Hafen ihrer ganzen Länge nach besreicht, und Palamidi, welches das letztere Fort die Stadt und den Hafen und jede Annäherung zu denselben beherrscht. In dem Fort Palamidi, commandirt von einem Deutschen Pihl Unen, Major Stellwag, befanden sich außer den Militärsträflingen auch Civilsträflinge, welche dort mit Arbeiten beschäftigt wurden, und die Offiziere, welche als Urheber der bekannten Verschwörung nach der Eichtung durch die Civilgerichte übrig geblieben waren. Der König selbst hatte befohlen, die Rebellen in eigener Person zur Verurtheilung zu bringen; aber vor Abends 9 Uhr erfuhr man, daß die hervorragendsten Persönlichkeiten unseres Staates dem Könige Vorstellungen gegen diesen Schritt gemacht und hauptsächlich auf den Zustand der Hauptstadt selbst hingewiesen hatten. Die Nacht verging fast ganz ruhig, und auch heute, an einem Feiertage, sah man in den Straßen keine ungewöhnliche Bewegung. Spät Abends brachte uns das officielle Blatt in ein außerordentliches Beilage folgende Nachricht: „Nach dem Zustande in Nauplia waren Bokaris (Major der Palanz, in der großen Verschwörung compromittirt, vor dem Areopag als nicht gravirt der Anklage enthoben), Gribas (ein junger Mann, der sich mehrere Jahre in München Studirens halber aufgehalten hat) und Artemis (Infanteriemajor), den Niemand solche Dinge säßig gehalten hätte. Die Aufständischen mißhandelten den Monarchen und den Bataillons-Commandanten Borba. Die Kassen und die Mauth sind vo



L. 1091. E d y k t. (3574. 3)

C. k. Sąd delegowany miejski Krakowski zawiadamia niniejszym edyktem p. Bolesława Placera, że przeciw niemu p. Ch. L. Cypress o zapłatę sumy 210 zł. z p. n. dnia 29 października 1861 do l. 13298 wniósł pozew, w załatwieniu tegoż pozwu termin do rozprawy ustnej na dzień 17 marca 1862 o godzinie 10tej zrana wyznaczony został.

Gdy miejsce pobytu pozwanego nie jest wiadome, przeto c. k. Sąd delegowany miejski w celu zastępowania pozwanego jak równie na koszt i niebezpieczeństwo tegoż, tutejszego adwokata pana Dra Słachetkowskiego z substytucją adwokata p. Dra Korońskiego kuratorem nieobecnego ustanowił, z którym spór wytoczony według ustawy postępowania sądowego w Galicyi obowiązującego przeprowadzonym będzie.

Zaleca się zatem niniejszym edyktem pozwanemu, aby w zwyż oznaczonym czasie albo sam stanął, lub też potrzebne dokumenta ustanowionemu dla niego zastępcy udzielił, lub wreszcie innego obrońcę sobie obrał i o tém c. k. Sądowi deleg. miejskiemu doniósł w ogóle zaś aby wszelkich możebnych środków prawnych użył, w razie bowiem przeciwnym, wyniki z zaniechania skutki sam sobie przypisać musi.

Kraków, dnia 11 lutego 1862.

N. 1843. Obwieszczenie (3556. 3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż właściciele dóbr Kołaczyc jako: Józef Nowotny w imieniu własnym oraz jako ojciec małoletnich: Józefa Wiktora 2 imion, Maryi Sionii 2 imion i Władysława Nowotnych, przeciw Annie Deschler, co do życia i miejsca pobytu niewiadomą, a ewentualnie przeciw jej spadkobiercom podobnie co do życia i miejsca pobytu niewiadomą o extabulację sumy 1000 złr. WW. z dóbr Kołaczyc, oraz uwolnienie kwoty 460 złr. mk. na pokrycie rzeczonych sumy tychże dóbr zatrzymanej, pod dniem 4go lutego 1862 do l. 1843 skargę wniósł i o pomoc sądową prosił, w skutek czego termin do ustnego postępowania na dzień 27 marca 1862 o godzinie 9tej zrana wyznaczony został.

Ponieważ pobyt pozwaney Anny Deschler i jej spadkobierców nieznajomym jest, przeto przetranszował tutejszy Sąd dla zastępcstwa na koszt i niebezpieczeństwo zapozwanych tutejszego adwokata p. Dra Jarockiego z substytucją adwokata p. Dra Serdy na kuratora, z którym wniesiony spór według Ustawy cyw. dla Galicyi przepisanej przeprowadzonym będzie.

Tym edyktem przypomina się zapozwanym, ażeby w przeznaczonym czasie albo się sami osobiście stawili, albo potrzebne dokumenta przeznaczonemu kuratorowi udzielił, lub innego obrońcę sobie obrali i tutejszemu Sądowi oznajmili, ogólnie do bronięcia prawem przepisane środki użyczy inaczey z jego opóźnienia wynikające skutki sami sobie przypisać musieli.

Z rady c. k. Sądu obwodowego.  
Tarnów, dnia 12 lutego 1862.

N. 2400. E d y k t. (3563. 3)

C. k. Sąd powiatowy w Podgórzu uwiadamia niniejszym niewiadomych z nazwiska i miejsca pobytu spadkobierców po s. p. Jędrzeju Kotarbie ze Świątnik jako Maryanna Kotarbia wniósł pod dniem 15go sierpnia 1861 do l. 2400 pozew przeciw masie s. p. Jędrzeja Kotarby o zapłatę sumy 152 złr. 52 kr. mk. c. s. c. i że w skutek tego pozwu termin do sumarycznej rozprawy na dzień 28go maja 1862 o godzinie 9 przedpołudniem wyznaczon, ustanowiwszy kuratorem dla zapozwanych masy c. k. Notaryusza w Podgórzu p. Siedleckiego.

Wzywa się zatem z nazwiska i miejsca pobytu niewiadomych spadkobierców, ażeby na powyższym terminie albo sami stanęli, albo ustanowionemu kuratorowi środki do obrony udzielił albo też innego pełnomocnika obrali w przeciwnym bowiem razie wyniki z zaniechania skutki sami sobie będą musieli przypisać.

Podgórze, dnia 4 lutego 1862.

3. 376. civ. E d i c t. (3596. 3)

Wom f. f. Bezirksamt als Gerichte zu Leżajsk wird der f. f. Notar Dr. Felician Polanski vom 1. März 1862 angefangen zum Gerichtscommissär Befußt Bornahme der im §. 183 lit. a. N. D. bezeichneten Acte in Verlassenschaftsachen für alle in der Stadt und im Bezirk Leżajsk, als: Bidaczów, Baranówka, Brzoza królewska, Brzycka wola, Chodaczów, Dembno, Dornbach, Gilarowa, Gillsershof, Grodzisko Martt, Grodzisko górne, Grodzisko dolne, Gwizdów, Hucisko, Jastrzebiec, Jelna, Königsberg, Kuryłowa, Laszczyn, Łukowa, Opalenisko, Ozanna, Przchojec, Ruda, Rzychów, Sarzyna, Siedlanka, Staremiasto, Wierzawice, Wulka grodziska, Wulka niedzwiecka und Wola zarczycka vorkommenden der Gerichtsbarkeit dieses f. f. Bezirksgerichtes zufallenden Verlassenschaftsachen bestellt, wovon auch sämtliche Interessenten zur weiteren Richtschnur verständigt werden.

Leżajsk, am 24. Februar 1862.

N. 3248. E d i c t. (3599. 1-3)

Wom f. f. Bezirksamt in Kenty als Gerichte und Nachlass-Abhandlungs-Instanz nach Stanislaus Drzewicki aus Osiek Wadowicer Kreises, wird die abwesende Victoria Drzewicka in Kenntniß gesetzt, daß zur Wahrung ihrer Rechte auf die, aus den obigen Masse erwachsenen Particularnachlass nach Marianna respective Valentin Jurczyk nach Ludowica Durańczyk und nach Johann Drzewicki zu denen sich dieselbe bisher nicht erklerarte, derselben ein Curator in Person des Franz Lekki aus Osiek gemäß §. 131 des kais. Pat. vom 9. August 1854 bestellt wurde, dieselbe wird daher aufgefordert binnen einem Jahre von der dritten Einschaltung dieses Edictes gerechnet entweder persönlich bei diesem Gerichte zur Erbschließung zu erscheinen, oder einen Bevollmächtigten hierzu zu bestellen, ansonst die mangelnde Erbschließung durch den aufgestellten Curator erkattet die Abhandlung obiger Massen geschlossen und den ihm gebührende rechte Nachlass bis zum Beweise ihres Todes oder bis zur erfolgten Todeserklärung für sie bei Gericht aufbewahrt würde.

K. f. Bezirksamt als Gericht.  
Kenty, am 17. März 1861.

3. 216, 217, 218. j. Kundmachung (3598. 1-3)

Wom f. f. Bezirksamt als Gerichte Mogila wird hiemit bekannt gemacht, daß über die von dem Krafauer f. f. Landesgerichte anher mitgetheilten Requisitionen v. 24. December 1861 33. 22733, 22734 und 22735 in den Rechtsachen der Fr. Rebeka Silberfeld wider Fr. Juste Gräfin Potocka wegen 750 fl. oder 187 fl. 50 kr. f. W. f. N. G. ferner 800 fl. oder 200 fl. f. W. f. N. G. und endlich 310 fl. 55 1/2 kr. f. W. f. N. G. die executiv öffentliche Feilbietung der der Schuldnerin gepfändeten und abgeschätzten Fahrnisse, als: 30 Koros Weizen, 50 Koros Korn und 400 Zentner Kleben in 2 Terminen am 6. März 1862 und 20. März 1862 jedesmal um 10 Uhr Vormittags zu Koscielniki in dem herrschaftlichen Hause NO. 1 abgehalten werden wird und die obbesagten Fahrnisse werden, falls der 1. Termin fruchtlos verstreichen sollte, am 2. Termine auch unter dem Schätzungswerte veräußert werden.

Krafau, am 9. Februar 1862.

3. 2575. E d i c t. (3590. 1-3)

Wom f. f. Krafauer Landesgerichte wird der dem Leben und Aufenthalte nach unbekannten Hrn. Georg Przyborski und Frau Susanna Przyborska, so wie deren allfälligen Erben, Namen und Aufenthaltsorte nach unbekannten Erben und Rechtsnehmern mittelst gegenwärtigen Edictes bekannt gemacht, es habe wider dieselbe Frau Christine Gräfin Zelenka wegen Anerkennung, daß alle den Eheleuten Georg und Susanna Przyborskie aus dem, mit der Frau Christine Gräfin Zelenka am 10. September 1825 bezüglich der Güter Tomice geschlossenen Pachtverträge zutreffenden Rechte verjährt und erloschen und aus dem Lastenstande der Güter Tomice des ehemaligen Wadowicer Kreises dom. 39 pag. 405 n. 13 on. zu extabuliren sind, am 9. Februar 1862 3. 2575 die Klage angebracht und um richterliche Hilfe gebeten, worüber die Tagfahrt zur mündlichen Verhandlung auf den 1. April 1862 um 10 Uhr Vormittags hiergerichts anberaumt wurde.

Da der Aufenthaltsort der Belangten Hr. Georg Przyborski und Frau Susanna Przyborska so wie deren allfälligen Erben und Rechtsnehmer unbekannt ist, so hat das f. f. Landesgericht zu deren Vertretung und auf ihre Gefahr und Kosten den hiesigen Advokaten Hrn. Dr. Alth mit Substituierung des Hrn. Advokaten Dr. Koroński als Curator bestellt, mit welchem die angebrachte Rechtsache nach der für Galizien vorgeschriebenen Gerichtsordnung verhandelt werden wird.

Durch dieses Edict werden demnach die Belangten erinnert, zur rechten Zeit entweder selbst zu erscheinen, oder die erforderlichen Rechtsbeistände dem bestellten Vertreter mitzutheilen, oder auch einen andern Sachwalter zu wählen und diesem f. f. Landesgerichte anzuzeigen, überhaupt die zur Vertheidigung dienlichen vorschrittmäßigen Rechtsmittel zu ergreifen, indem sie sich die aus deren Verabsäumung entstehenden Folgen selbst beizumessen haben werden.

Krafau, am 10. Februar 1862.

L. 1865. Obwieszczenie (3585. 1-3)

C. k. Sąd obwodowy Tarnowski p. Magdalenie Johannot de Ottenbach, Joannie z Johannotów Schönsfeldowej i Edwardowi Johannot co do życia i miejsca pobytu niewiadomym lub ich spadkobiercom, domowi handlowemu Grahner i Dörstling obecnie co do istnienia i miejsca pobytu niewiadomemu, oraz spadkobiercom i prawonabywcom losów odnoszących się do sprzedaży loteryjnej dóbr Kołaczyc z przyl., co do nazwiska i miejsca pobytu niewiadomym lub ich spadkobiercom niniejszym edyktem wiadomo czyni, iż pan Józef Nowotny w imieniu własnym, oraz jako ojciec małoletnich Józefa Wiktora dw. imion, Maryi Sionii dw. imion i Władysława Nowotnych w Nawię obwodzie Tarnowskim mieszkający, przeciw nim o wykreślenie ze stanu biernego dóbr Kołaczyc z przyległościami praw i obowiązków z zapowiedzianej w roku 1827 sprzedaży loteryjnej

Meteorologische Beobachtungen.

Zeit	Barom.-Höhe auf in Parak. Linie 0° Reaumur red.	Temperatur nach Reaumur	Speisf. d. Luft	Feuchtigkeit der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Veränderung der Wärme im Laufe d. Tage
2	326 17	- 20	100	99	Dt schwach	Heiter mit Wolken		
10	24 17	- 20	100		West			
3 6	23 21	- 20					Nebel	- 98 - 08

In der Buchdruckerei des „CZAS.“

## Dank sagung.

Er. Hochwohlgeboren dem Herrn f. f. Bezirks-Vorsteher in Saybusch sehe ich mich verpflichtet, für die bemühte thätige Lebensrettung meinen innigsten dank zu sagen.

Saybusch, am 21. Februar 1862.

(3577. 3)

Franz Herget.

## Wiener - Börse - Bericht

vom 1. März.  
Oeffentliche Schuld.  
A. Des Staates.

	Geld	Waare
In Oest. W. zu 5% für 100 fl. . . . .	65.30	65.40
Aus dem National-Anleihen zu 5% für 100 fl. . . . .	84.20	84.30
Vom Jahre 1851, Ser. B. zu 5% für 100 fl. . . . .	—	—
Metalliques zu 5% für 100 fl. . . . .	70. —	70.20
ditto. 4 1/2% für 100 fl. . . . .	61.75	62. —
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl. . . . .	139. —	139.50
„ 1854 für 100 fl. . . . .	90.75	91.25
„ 1860 für 100 fl. . . . .	96.75	96.25
Como-Rentenscheine zu 42 L. austr. . . . .	16.50	17. —

B. Der Kronländer.  
Grundentlastungs- u. Obligationen.

von Mele. Oest. zu 5% für 100 fl. . . . .	88.50	89. —
von Mele. zu 5% für 100 fl. . . . .	89.50	90. —
von Mele. zu 5% für 100 fl. . . . .	88. —	88.50
von Mele. zu 5% für 100 fl. . . . .	88. —	88.50
von Mele. zu 5% für 100 fl. . . . .	87. —	88.50
von Mele. zu 5% für 100 fl. . . . .	71. —	71.50
von Mele. zu 5% für 100 fl. . . . .	74.50	75. —
von Mele. zu 5% für 100 fl. . . . .	69.30	69.50
von Mele. zu 5% für 100 fl. . . . .	69.50	69.75
von Mele. zu 5% für 100 fl. . . . .	67.75	68.50

C. Aktien.

der Nationalbank. . . . .	820. —	822. —
der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. Oest. W. . . . .	198.50	198.70
der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. Oest. W. . . . .	615. —	617. —
der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. Oest. W. . . . .	2137	2139
der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. Oest. W. . . . .	274. —	275. —
der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. Oest. W. . . . .	155. —	155.50
der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. Oest. W. . . . .	127.50	128. —
der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. Oest. W. . . . .	147. —	147. —
der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. Oest. W. . . . .	273.50	274.50
der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. Oest. W. . . . .	195. —	195.50
der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. Oest. W. . . . .	433. —	435. —
der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. Oest. W. . . . .	226. —	228. —
der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. Oest. W. . . . .	396. —	398. —
der Kreditbank für Handel und Gewerbe zu 200 fl. Oest. W. . . . .	400. —	402. —

D. Pfandbriefe.

der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl. . . . .	103. —	103.25
der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl. . . . .	97.50	98. —
der Nationalbank 10jährig zu 5% für 100 fl. . . . .	91. —	91.50
der Nationalbank 12monatlich zu 5% für 100 fl. . . . .	85.50	85.75
der Nationalbank 12monatlich zu 5% für 100 fl. . . . .	79. —	80. —

E. Zote.

der Credit-Anstalt für Handel und Gewerbe zu 100 fl. Oest. Währung. . . . .	127.90	128.10
Donau-Dampfschiff-Fahrts-Gesellschaft zu 100 fl. Oest. W. . . . .	97.75	100.25
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. Oest. W. . . . .	126. —	127. —
50 . . . . .	54.50	55. —
Stadtgemeinde Oden zu 40 fl. Oest. W. . . . .	38.75	39. —
Stadthaus zu 40 fl. Oest. W. . . . .	10. —	10.50
Salz zu 40 . . . . .	39.50	40. —
Walfisch zu 40 . . . . .	39.75	40. —
Clary zu 40 . . . . .	37. —	37.50
St. Genois zu 40 . . . . .	37.25	37.75
Windischgrätz zu 20 . . . . .	22.00	23. —
Waldstein zu 20 . . . . .	24.75	25.25
Regelisch zu 10 . . . . .	6.75	7. —

F. 3 Monate.

Angsburg, für 100 fl. Südböhm. Währ. 3 1/2% . . . . .	116.50	116.75
Frankf. a. M., für 100 fl. Südböhm. Währ. 3% . . . . .	116.85	117. —
Hamburg, für 100 M. W. 3% . . . . .	103. —	103. —
London, für 100 Pfd. Sterl. 5% . . . . .	137.90	137. —
Paris, für 100 Franks 5% . . . . .	54.65	54.70

G. Cours der Geldsorten.

	Durchschnitts-Cours	Rechter Cours
Russische Münz-Dufaten . 6 54	6 54	6 55
vollw. Dufaten . 6 5	6 54	6 56
Krone . . . . .	19. —	19.15
20gr. Gold . . . . .	10.97	11.11
Russische Imperiale . . . . .	11.30	11.32
Silber . . . . .	36.25	36.50

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge vom 15. November 1861 angefangen bis auf Weiteres.

Abgang:

von Krafau nach Wien und Breslau 7 Uhr Früh, 3 1/2 Min. Nachm. ; — nach Warschau 7 Uhr Früh ; — nach Odrau und über Oberberg nach Preußen 9 Uhr 45 Min. Früh ; — nach Rzeszów 6 Uhr 15 Min. Nachm. ; — nach Lemberg 8 Uhr 30 Min. Abends, 10 Uhr 30 Min. Vorm. ; — nach Wilejka 11 Uhr Vormittag.	
von Wien nach Krafau 7 Uhr Früh, 8 Uhr 30 Min. Nachm.	
von Odrau nach Krafau 11 Uhr Vormittag.	
von Granica nach Krafau 6 Uhr 30 Min. Früh, 2 Uhr 6 Minuten Nachmittags.	
von Krafau nach Granica 10 Uhr 15 Min. Vormittag, 1 Uhr 48 Min. Nachmittag, 7 Uhr 56 Min. Abends.	
von Rzeszów nach Krafau 1 Uhr 40 Min. Nachmittag.	
von Lemberg nach Krafau 4 Uhr Früh, 5 Uhr 10 Min. Nachmittag.	

Ankunft:

in Krafau von Wien 9 Uhr 45 Minuten Früh, 7 Uhr 45 Minuten Abends ; — von Breslau und Warschau 9 Uhr 45 Minuten Früh, 5 Uhr 27 Min. Abends ; — von Odrau über Oberberg nach Preußen 5 Uhr 27 Min. Abends ; — von Rzeszów 7 Uhr 40 Min. Früh, 2 Uhr 54 Min. Nachmittag ; — von Wilejka 6 Uhr 40 Min. Abends.	
in Rzeszów von Krafau 11 Uhr 34 Min. Vorm.	
in Lemberg von Krafau 9 Uhr 30 Minuten Früh, 9 Uhr 15 Minuten Abends.	

Buchdruckerei-Geschäftsleiter: Anton Rother.